



Leitantrag 42. Landesdelegiertentag / Hannover



„Verantwortung statt Vormundschaft –
Schülerbeteiligung für eine starke Demokratie!“
Leitantrag zum 42. Landesdelegiertentag der Schüler Union
Niedersachsen am 23./24. Juni 2012 im Freizeitzentrum Döhren
(Beschlussvorlage des Landesvorstandes an den 42. LDT)
Verfasser: Lukas Voß (Rotenburg/Wümme), Michael Kruse (Lingen)

Verantwortung statt Vormundschaft – Schülerbeteiligung für eine starke Demokratie!

1 Einleitung

2

3 Unsere Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung ihrer Bürger. Die Stärke und Belastbarkeit der
4 Bundesrepublik Deutschland bemisst sich an der Bereitschaft der Bundesbürger, politisch und ge-
5 sellschaftlich Verantwortung übernehmen zu wollen. Auf äußere und innere Bedrohungen, welche
6 die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen, kann gelassener reagiert werden, wenn un-
7 ser Staat sich fortwährend weiterentwickelt und nicht in Lethargie und Starre verfällt.

8

9 Fortwährende Weiterentwicklung eines Staates ist nur dann möglich ist, wenn er seinen Bürgern
10 Verantwortung zutraut und sie ermutigt, sich im politischen System zu beteiligen. Ein Staat, der
11 seine Bürger von der politischen Verantwortung entmündigen will oder deren Partizipation sogar
12 fürchtet, verfällt wie jedes totalitär geführte Sytem früher oder später in Resignation und Starre.

13

14 Niemand wird als Demokrat geboren. Neben elterlicher Erziehung und Prägung ist das soziale Um-
15 feld und insbesondere die Schulausbildung entscheidener Faktor bei der Vermittlung demokrati-
16 scher Werte. Die heutigen Schüler tragen in der Zukunft unseren Staat und sind für dessen Gestal-
17 tung verantwortlich.

18 Die Schüler Union Niedersachsen setzt sich daher für die Vermittlung eines starken Verantwor-
19 tungsbewusstseins in der Schule ein.

20

21 Wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann, soll im Folgenden erläutert werden.

22

23

24 Beteiligung in der Schule – Wichtiger Bestandteil des schulischen Demokratieverständnisses

25

26 Das niedersächsische Schulgesetz sieht bereits in §2 (Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) §2,
27 (1)) vor: „[...] die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus
28 ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der
29 Gesellschaft beizutragen [...]“. Hieraus ergibt sich die Pflicht der Schule, den Schülern neben allge-
30 meiner Wissensvermittlung staatsbürgerliche Tugenden näher zu bringen. Dazu dienen die Schüler-
31 vertretungen, wie sie an jeder Schule in Niedersachsen anzutreffen sind.

32

33
34 Durch demokratische Wahlen bündeln Schüler ihre Interessen. Durch Klassen-, Jahrgangs- und Schul-
35 sprecher werden die Interessen der Schülerschaft vertreten. Durch aktive Beteiligung in Gesamt-
36 konferenz und Schulvorstand können sie direkten Einfluss auf die Entscheidungen an der Schule
37 nehmen. Die Schüler Union Niedersachsen ist der Ansicht, dass man den niedersächsischen Schüle-
38 rinnen und Schülern mehr Verantwortung in die Hand geben kann und fordert, dass die Schülerver-
39 tretung direkt von der gesamten Schülerschaft gewählt wird. Dies haben manche Schülerräte auch
40 schon bestimmt und allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, zum einen für die
41 Schülervertretung zu kandidieren und zum anderen ‚ihren‘ Kandidaten zu wählen. Auch für die Fas-
42 sung der in § 170 NschG festgelegten Landesschülerkonferenz, welche die Schüler auf Landesebene
43 vertritt, sieht die Schüler Union Niedersachsen Reformbedarf.

44

45 So werden die Funktionsträger der Landesschülervertretung auf indirekte Weise gewählt, wodurch
46 das Gros der Schüler weder die Funktionsträger selbst, noch die Aufgaben der Landesschülervertre-
47 tung kennt. Entscheidungen, welche in unbekanntem, in ihrer Zusammensetzung schwer nachvoll-
48 ziehbaren Gremien gefällt werden, tragen nicht zum Demokratieverständnis der Schüler bei. Aus
49 diesen Gründen fordert die Schüler Union Niedersachsen die Direktwahl des Landesschülerrates.
50 Dadurch erlangt der Landesschülerrat eine Legitimität, welche von einer breiteren Anerkennung als
51 bisher getragen wird.

52

53

54 **Für mehr Demokratie. Für mehr Transparenz. Für mehr Gerechtigkeit.**

55

56 Leider ist die freie Entfaltung der Schüler nicht an allen Schulen uneingeschränkt möglich. Dies kann
57 völlig unterschiedliche Gründe haben. Häufig blockiert der Schulleiter die Arbeit der SV oder verhin-
58 dert die Gründung einer Schülerzeitung.

59 Ein solches Verhalten ist nicht hinnehmbar. Die Schüler Union Niedersachsen regt jeden Schüler
60 dazu an, sein Recht aktiv einzufordern. Neben der Kontaktaufnahme mit dem Schulträger kann an
61 dieser Stelle auch eine öffentlichkeitswirksame Aktion auf den Missstand aufmerksam machen.
62 Auch eine SU-Schulgruppe kann als Interessenvertretung agieren und mit dazu beitragen, das Recht
63 der Schülerschaft einzufordern.

64 Grundsätzlich sind den Schülervertretungen mehr Rechte einzuräumen. Jede SV benötigt ihren ei-
65 genen, frei zur Verfügung stehenden Etat, den sie eigenverantwortlich für eigene Projekte einsetzen
66 kann. Hierbei sollen Lehrer lediglich beratende Funktion ausüben. Von Bevormundung soll Abstand
67 genommen werden. Stattdessen soll zu verantwortungsvollem Handeln und Entscheidungsfreude
68 angeregt werden. Auf diese Weise lernen Schüler, Entscheidungen zu treffen und deren Konsequen-
69 zen zu tragen.

70

71

72 **Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in den Kommunen – Mehr bitte!**

73

74 In der niedersächsischen Gemeindeordnung § 22e wird festgelegt, dass die Kommunen Kinder und
75 Jugendliche „bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interesse berühren, in angemessener Weise be-
76 teiligen“ sollen. Diese Formulierung lässt einen sehr großen Spielraum zu und genau diesen nutzen
77 viele Kommunen auch aus. Während in der Kommune A ein Jugendparlament mit eigenem Etat auf-
78 gestellt wird, macht die Kommune B einmal im Jahr eine Befragung in den Schulen und die Gemein-
79 de C tut gar nichts. Diese Soll-Formulierung in der Gemeindeordnung muss aus Sicht der Schüler
80 Union Niedersachsen in eine Muss-Formulierung geändert werden. Das Land zwischen den Meeren
81 macht vor, wie es geht. In Schleswig-Holstein sind die Regelungen bundesweit am weitreichendsten,
82 hier „muss“ die Kommune „Kinder und Jugendliche in angemessener Weise beteiligen“.

83

84 Unsere Freunde aus dem Norden haben es bereits begriffen: Jugendbeteiligung, unter anderem auf
85 kommunaler Ebene, macht Sinn und ist wichtig. Gründe dafür gibt es viele: Kinder und Jugendli-
86 che sammeln demokratische Erfahrung, werden bei Anliegen in eigener Sache ernst genommen und
87 können die Auswirkungen ihres Engagements sehen, nachvollziehen und damit auch wertschätzen.
88 Doch auch für die Kommunen selbst hat diese Kinder- und Jugendbeteiligung Vorteile; sie ist at-
89 traktivitätssteigernd, weil Kinderfreundlichkeit ein wichtiger weicher Standortvorteil ist, sie bringt
90 neue, junge Anregungen in die Politik und Verwaltung und belebt das Gemeinwesen.

91

92 **Kommunen und Land sind in der Verantwortung – Gemeinsam für mehr Beteiligung**

93

94 Viele Kommunen in Niedersachsen kommen dieser Beteiligung nicht nach. Dies kann verschiedene
95 Gründe haben. So gibt es sicherlich eine Reihe von Kommunen, welche die finanziellen Mittel für
96 eine breite Kinder- und Jugendbeteiligung nicht aufbringen können. Hier ist das Land gefordert.
97 Aus Sicht der Schüler Union Niedersachsen darf Beteiligung nicht an finanziellen Problemen der
98 Kommunen scheitern. Das Land muss hier helfend unter die Arme greifen, damit auch in den finanz-
99 schwachen Kommunen Kinder und Jugendliche eine Gestaltungs- und Mitwirkungsgewalt für sich
100 und ihr Umfeld in Anspruch nehmen können.

101 Doch auch finanzstarke Kommunen kommen der Soll-Regelung nicht nach. Genau hier bedarf es der
102 Muss-Regelung. Aus Sicht der Schüler Union Niedersachsen sollten alle Kinder und Jugendlichen in
103 unserem Bundesland die Möglichkeit erhalten, sich in der Kommune zu beteiligen, Verantwortung
104 zu übernehmen und Demokratie zu erlernen.

105

106

107 **Es steht und fällt mit den Einzelnen – Mehr Kontinuität!**

108

109 Viele Projekte sind aber trotz der guten Grundidee abhängig von zwei Faktoren. Der erste schon
110 genannte ist das Geld. Steht die Finanzierung nicht, fällt das Projekt. Der andere Faktor ist der per-
111 sonelle. Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche Strukturen bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit im
112 Sinne der Demokratie. Daher braucht es in den Partizipationsmöglichkeiten einen hauptamtlichen
113 Mitarbeiter, möglichst von der schultragenden Kommune, der sich federführend mit dem Projekt
114 befasst. Dabei muss den Kindern und Jugendlichen die Verwaltungsarbeit abgenommen werden.

115 Damit die Beteiligungsangebote vor Ort auch Fuß fassen, muss das Konzept zusammen mit allen Be-
116 teiligten erstellt werden. Es müssen überprüfbare und erreichbare Ziele gesteckt werden, die stän-
117 digen Weiterentwicklung und Anpassung unterliegen. Wichtig ist auch ein belastbares politisches
118 Mandat, wie beispielsweise ein Ratsbeschluss, der dann die Ressourcen in der Zukunft sicherstellt.

119 Die Schüler Union Niedersachsen ist der Meinung, dass Partizipationsprojekte für Kinder und Ju-
120 gendliche in Niedersachsen eine größere Förderung erhalten sollten. Damit dies gelingt, fordert die
121 Schüler Union Niedersachsen eine verpflichtende Festschreibung in der Niedersächsischen Gemein-
122 deordnung, eine finanzielle Unterstützung des Landes und eine höhere Investitionsbereitschaft der
123 Kommunen in unserem Bundesland.

124

125

126 **Kapital für die Zukunft – Demokratisches Verständnis lernen**

127

128 Die Demokratie betrifft uns nicht nur auf der politischen Ebene. Auch im unmittelbaren Lebens-
129 umfeld müssen wir immer wieder demokratische Entscheidungen treffen. Aber Demokratie kann
130 nicht allein im Schulunterricht vermittelt werden. Vielmehr benötigt es unmittelbaren praxisnahen
131 Erfahrungen. Die Schüler Union Niedersachsen sieht daher die Kommunen, welche zunächst einmal
132 das unmittelbare Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen darstellen, in der besonderen Pflicht,
133 gerade dieses Erlernen von Demokratie zu fördern.

134

135 Viele Kommunen in Niedersachsen folgen dem Beteiligungswillen der Kinder und Jugendlichen und
136 bieten ihnen Möglichkeiten der Partizipation. Diese können von Kinder- und Jugendparlamenten
137 und Jugendräten bis hin zu Jugendforen und Jugendringen reichen. Festzustellen ist also, dass es
138 eine breite Landschaft mit Möglichkeiten der Partizipation gibt.

139 Die Kommunen die sich an dieser Partizipation beteiligen, haben die Möglichkeit, die Kinder und
140 Jugendlichen nachhaltig für das gesellschaftliche Engagement zu begeistern. Viele Jugendliche er-
141 lernen durch ihr politisches Engagement für ihre weitere (berufliche) Laufbahn weitreichende Kom-
142 petenzen.

143

144 **Partizipation fängt in der Schule an. Verantwortung statt Vormundschaft –**
145 **für ein starkes, demokratisches Niedersachsen!**